

In der sozialen Zusammensetzung der Parteimitglieder haben wir in der Berichtsperiode einen geringen Rückgang der Industriearbeiter zu verzeichnen. Am 1. April 1950 machten die Industriearbeiter 41,3 Prozent der Parteimitglieder aus, um 3,2 Prozent weniger als im Januar 1949. Den stärksten Rückgang des Anteils der Industriearbeiter haben die Landesverbände Brandenburg mit 6,7 Prozent und Mecklenburg mit 16,7 Prozent zu verzeichnen.

Die Landarbeiter machen 3,4 Prozent, die Bauern 6,3 Prozent, die Angestellten 20,4 Prozent der Parteimitglieder aus. Im Anteil dieser Gruppen sind keine wesentlichen Änderungen erfolgt.

Man könnte sagen, daß die Verringerung der Zahl der Arbeiter in unserer Partei tatsächlich kleiner war, da viele von ihnen in den Staats-, Wirtschafts- oder Parteiapparat übergegangen sind und in unserer unrichtigen Statistik aus irgendeinem Grunde jetzt zur Kategorie der Angestellten zählen. Zudem war, wie gesagt, ein Teil der Arbeiter infolge der schlechten Karteiführung doppelt, d. h. sowohl in den Betriebs- als auch in den Wohngruppen erfaßt. Dieser Fehler wurde bei der Karteibereinigung beseitigt.

Das alles ist richtig, doch darf man die Augen nicht vor dem unzulässigen Rückgang des prozentualen Anteils der Industriearbeiter in unserer Partei verschließen, selbst wenn dieser Rückgang geringer ist als die Angaben der Statistik. Die angeführten Zahlen besagen, daß wir die soziale Zusammensetzung unserer Partei ernstlich verbessern und den prozentualen Anteil der Arbeiter steigern müssen. Dabei müssen wir den Arbeitern der Großbetriebe, die wirkliche Festungen unserer Partei werden müssen, besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Auch den geringen Prozentsatz der werktätigen Bauern unter unseren Mitgliedern und besonders unter den Kandidaten, von denen nur 1,5 Prozent Bauern sind, kann man keinesfalls als normal bezeichnen. Ein so geringer Prozentsatz ist ein deutliches Zeichen für die Unterschätzung der Arbeit unserer Partei im Dorfe, obwohl der Marxismus-Leninismus lehrt, daß auch in Deutschland die werktätige Bauernschaft der ausschlaggebende Verbündete der Arbeiterklasse ist.

Seit der Einführung der Kandidatenzeit haben die Parteiorganisationen der Regelung der Mitgliederbewegung mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Mit 48,3 Prozent sind die Industriearbeiter unter den Kandidaten um 7 Prozent stärker als unter den Parteimitgliedern vertreten. Doch auch das kann noch nicht befriedigen, insbesondere, wenn man die schwache Arbeit mancher Parteiorganisationen in Großbetrieben in Rechnung setzt. Als schlechtes Beispiel kann die Berliner Parteiorganisation dienen, unter deren Kandidaten nur 35 Prozent Arbeiter, aber 55 Prozent Angestellte sind.<sup>3</sup>

### 3. Organisationsfragen — Innerparteiliche Demokratie — Kritik und Selbstkritik

Ich habe bereits gesagt, welche großen Aufgaben unsere Partei im Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands, im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und bei der Hebung der Lebenshaltung der Werktätigen zu erfüllen hat. Es ist bekannt, daß 12,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der Republik unserer Partei als Mitglieder oder Kandidaten angehören. Unsere Parteimitglieder haben leitende Funktionen in vielen Massenorganisationen und Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die Arbeit der Parteimitglieder richtig zu organisieren und zu leiten, das ganze innerparteiliche Leben auf dem Lenin-Stalinschen Prinzip der innerparteilichen Demokratie aufzubauen und die Kritik und Selbstkritik breit zu entfalten, um die Mängel in der Arbeit der Grundeinheiten ebenso wie in den leitenden Zentralorganen zu beseitigen — das heißt in vieler Hinsicht die erfolgreiche Lösung aller übrigen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben sichern.

### Auf dem XVII. Parteitag der KPdSU (B) sagte Genosse Stalin:

„Ist eine richtige politische Linie gegeben worden, so entscheidet die Organisationsarbeit alles, auch das Schicksal der politischen Linie selbst — ihre Durchführung oder ihr Scheitern.“

In der Zeit zwischen dem II. und III. Parteitag, besonders aber nach der 1. Parteikonferenz, widmete unsere Partei der Verbesserung der organisatorischen Leitung viel Aufmerksamkeit. Ich denke da in erster Linie an die Beschlüsse der 1. Parteikonferenz zum Referat des Genossen Grote wohl, an die Organisationskonferenz im Jahre 1949 und an eine Reihe von Beschlüssen der Parteivorstandstagen. In dieser Hinsicht spielten auch die Neuwahlen der Parteileitungen Ende des vorigen Jahres eine große Rolle, die ein hohes politisches Niveau und die Einhaltung der Grundsätze der innerparteilichen Demokratie zeigten.

Die Parteileitungen sind in der Regel Organe kollektiver Führung geworden, wodurch jeder Art von Führertum und jeder Kriecherei entgegengetreten wird und gesunde innerparteiliche Verhältnisse gesichert werden. Die Parteileitungen haben begonnen, die Grundeinheiten der Partei, insbesondere die Betriebsgruppen, operativer und konkreter anzuleiten. Die Tätigkeit der Organisations-Instrukteur-Abteilungen förderte die Herstellung engerer Verbindungen zwischen den Parteileitungen und der Masse der Parteimitglieder. Die politische Aktivität und die Organisiertheit der Parteieinheiten und Parteimitglieder ist gestiegen.

In der Vorbereitung unseres Parteitages hat sich eine breite und fruchtbare Diskussion über die Politik und die praktische Arbeit der Partei in den Mitgliederversammlungen und Parteikonferenzen entwickelt. Bei den Delegiertenwahlen machten die Parteimitglieder von ihrem Recht Gebrauch, Kandidaten abzulehnen und ihre Mängel und Fehler zu kritisieren, was die gesamte Parteiarbeit förderte.

### Verletzung der innerparteilichen Demokratie

Es gibt jedoch noch in unserer Partei nicht wenige Stellen der Verletzung der innerparteilichen Demokratie.

Eine Reihe von Parteileitungen praktizieren noch immer das Kooptieren neuer Leitungsmitglieder, wodurch der Grundsatz der Wählbarkeit der Parteileitungen verletzt wird. So wurde im Dezember 1949 auf Beschluß der Kreisleitung Niederbarnim der Leiter der Kreispartei-schule Gahre in den Kreisvorstand und sein Sekretariat kooptiert, was gegen das Parteistatut verstößt. In einer Reihe von Kreisen, besonders im Lande Brandenburg, gehören den Sekretariaten der Kreisvorstände Mitglieder an, die nicht Mitglied der Kreisvorstände sind, wodurch die Organisationsprinzipien unserer Partei ebenfalls verletzt werden.

Auf den Parteidelegiertenkonferenzen vor dem Parteitag kamen ebenfalls Fälle der Verletzung der innerparteilichen Demokratie zur Sprache. Auf der Kreispartei-konferenz in Rostock wurde das Sekretariat des Kreisvorstandes unter Verletzung des Parteistatuts beauftragt, einen Teil der Delegierten ohne Bestätigung durch die Kreiskonferenz für die Landespartei-konferenz zu ernennen. Mehr noch. In Sachsen-Anhalt wurden 60 Gastdelegierte für den III. Parteitag nicht von der Landeskonferenz gewählt, sondern durch das Sekretariat des Landesvorstandes ernannt, was ebenfalls völlig unzulässig ist.

Eine Verletzung der Grundsätze der innerparteilichen Demokratie ist es auch, wenn einige Parteiorganisationen Wahlen in den Parteileitungen vornehmen, ohne die sachlichen und politischen Qualitäten der vorgeschlagenen Genossen erörtert zu haben.

Eine Verletzung der innerparteilichen Demokratie kommt ferner darin zum Ausdruck, daß zur Leitung der Mitgliederversammlungen der Grundeinheiten selten ein Präsidium gewählt, sondern die Versammlung gewöhnlich vom Vorsitzenden der Parteiorganisation geleitet wird. Das schmälert die Rechte der Parteimitglieder und